

Allianz für grüne Kraftstoffe: Klimaziele im Verkehr sind nur mit CO₂-armen Kraftstoffen zu erreichen

Gemeinsame Erklärung von BDBe, DVFG, MEW, MVaK, MWV, UFOP, UNITI und VDB:

Berlin, 3. April 2019

Globale, europäische und nationale Vorgaben setzen den CO₂-Emissionen im Verkehr künftig immer engere Grenzen. Die Nationale Plattform zur Zukunft der Mobilität (Verkehrskommission) hält zu ihrem Zwischenbericht fest: Zur Zielerreichung „werden alle Technologien und Verkehrsträger und entsprechende Investitionen in Infrastrukturen und Produktionsanlagen benötigt“. In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen acht Verbände aus dem Bereich der flüssigen Energieträger diese Feststellung der Verkehrskommission. Sie fordern die Bundesregierung auf, das Potenzial CO₂-armer Kraftstoffe ebenso engagiert zu nutzen wie das der Elektromobilität.

Bis 2050 will die EU klimaneutral werden; bis 2030 gibt es ehrgeizige Zwischenziele unter anderem für den Verkehr. Doch selbst wenn in Deutschland bis 2030 wie angestrebt rund 7 bis 10 Millionen E-Autos fahren, werden noch mehr als 35 Millionen Pkw mit Verbrennungsmotor unterwegs sein. Wesentliche Teile des Lkw-Verkehrs sowie Schiff- und Luftfahrt sind zudem nur schwer elektrifizierbar. Auch mit weiteren erforderlichen Maßnahmen wie mehr Ökostrom und mehr Förderung für Bus und Bahn wird sich die CO₂-Lücke im Verkehr nicht schließen lassen.

Biokraftstoffe und E-Fuels notwendig

Das bedeutet: Wir werden für den Klimaschutz weiterhin flüssige Kraftstoffe brauchen, und diese müssen klimaneutral werden. Biokraftstoffe sorgen bereits heute für Treibhausgasreduktion; fortschrittliche Biokraftstoffe aus Abfall- und Reststoffen werden eine zunehmend bedeutende Rolle spielen. Darüber hinaus steht mit strombasierten synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) eine weitere Technologie zur Minimierung von CO₂-Emissionen im Verkehr zur Verfügung.

Fokussierung auf eine Technologie beinhaltet hohe Risiken

Gegen eine reine Fokussierung auf die E-Mobilität sprechen auch soziale und regionale Aspekte: Im Falle höherer Energiesteuern auf Kraftstoffe bezahlen Bewohner im ländlichen Raum, die auf eine große Reichweite angewiesen sind, die staatlich geförderte Elektromobilität der Städter. Kleinwagen drohen wegen höherer Kosten aufgrund der erforderlichen CO₂-Senkung deutlich teurer zu werden, was gerade Bezieher niedriger Einkommen trübe.

Die Branche ist zum Dialog bereit

Die Unterzeichner der Gemeinsamen Erklärung sind davon überzeugt, dass nur mit einem deutlichen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Kraftstoffe die Klimaziele im Verkehr erreicht werden können. Für

die notwendigen erheblichen Investitionen in verschiedene fortschrittliche Technologien sind verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen unerlässlich. Die Verbände stehen mit ihren Mitgliedsunternehmen bereit, den Weg zu mehr erneuerbaren Kraftstoffen zu beschreiten.

Die Unterzeichner:

BDBe – Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft

German Bioethanol Industry Association

Twitter: <https://twitter.com/BDBeBerlin>

DVFG – Deutscher Verband Flüssiggas

German Liquid Gas Association

[Website](#)

MEW – Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland

Medium-Sized Energy Companies Germany

[Website](#)

MVaK – Mittelstandsverband abfallbasierter Kraftstoffe

Association of Medium-Sized Enterprises of Waste-Based Fuels

[Website](#)

MWV – Mineralölwirtschaftsverband

German Petroleum Industry Association

[Website](#)

UFOP – Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen

Union for the Promotion of Oil and Protein Plants

[Website](#)

UNITI – Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen

German Association of Medium-Sized Petroleum Companies

[Website](#)

VDB – Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie

Association of the German Biofuels Industry

[Website](#)